„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochsausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Eine deutschcanadische Aktion

Die Deutschcanadier von Saskatchewan sind in den letzten Tagen stärker in das Rampenlicht der Oeffentlichkeit getreten. Denn die beiden Denkschriften, welche der Geschäftsvorstand des Deutschcanadischen Verbandes von Saskatchewan der Provinzregierung in Regina überreicht hat, haben weitestgehende Beachtung gefunden. Eine englische Zeitung, die „Regina Daily Post", druckte die Memoranden wörtlich ab, während die anderen Blätter wenigstens davon Notiz nahmen, sodaß mithin alle politisch führenden Kreise von Saskatchewan mit den beiden Forderungen — deutscher Unterricht im Lehrplan der Volksschulen und bevorzugte Zulassung geeigneter deutschsprechender Einwanderer — vertraut seien dürften.

Die Abordnung war sich wahrscheinlich von Anfang an darüber klar, daß sie von Regierungsseite keine sofortige definitive Erklärung im zustimmenden Sinne zu erwarten habe, betrachtete es aber als eine Ehrenpflicht gegenüber ihren deutschcanadischen Freunden, alte Forderungen wieder einmal anzumelden, um sie nicht der Verjährung anheim fallen zu lassen.

Doch der Aktion kommt angesichts des Gärungsprozesses, der sich in Saskatchewan gegenwärtig abspielt, noch eine höhere Bedeutung zu. Von minderheitsfeindlichen Organisationen wird an den Fundamenten der duldsamen und gerechten Verwaltungspraxis der letzten 2½ Jahrzehnte gerüttelt, aus der ganz unvernünftigen Befürchtung heraus, die nationalen und religiösen Minderheiten könnten in Saskatchewan allmählich die Oberhand gewinnen und den englischen Einfluß verdrängen. Wer das stille, friedliche und werktätige Wirken der Fremdgeborenen auf ihren Farmen kennt, wer die oft geradezu beglaubigswerte Gleichgültigkeit der eingewanderten Bürger gegenüber den Vorgängen des öffentlichen Lebens beobachtet, muß gewiß zu der Ueberzeugung gelangen, daß von dieser Seite aus dem britischen Reiche und dem canadischen Lande keinerlei Gefahr droht. Daß sie gerne an ihrer Muttersprache, an ihrer Religion, an altehrwürdigen Sitten und Gebräuchen der europäischen Heimat festhalten, sollte in den Augen weitherziger und duldsamer Leute kein Fehler, sondern sogar ein schöner Charakterzug sein, der in gewissem Sinne die Gewähr dafür bietet, daß sie nicht leichtfertige, oberflächliche und charakterlose Menschen, sondern wertvolle Glieder der künftigen canadischen Nation sind. Daher ist es auch verwerflichste Kurzsichtigkeit, wenn man den geringen Einfluß der Fremdgeborenen im öffentlichen Leben von Saskatchewan nun mit Stumpf und Stil ausrotten und ihnen die letzten geringen Vergünstigungen entreißen will. Das muß natürlich sogar den Friedfertigsten und Geduldigsten aus seinem süßen Schlummer aufrütteln und zur Verteidigung seiner gerechten Sache anspornen. Druck erzeugt bekanntlich Gegendruck. Die unausbleibliche Folge der von Fanatikern und Hurrapatrioten angezettelten Hetze ist, daß in Saskatchewan bedenkliche Spannungen und Reibungen entstanden sind, die der friedlichen Entwicklung hinderlich sind.

Da erhebt sich die Frage: Ist es angesichts dieser stark geladenen Atmosphäre klug und ratsam, offen und energisch für die Rechte der Minderheiten einzutreten oder nicht? Soll man einen günstigeren Zeitpunkt abwarten? Soll man nur im Stillen die geistigen Waffen schmieden, um im Augenblicke des Entscheidungskampfes gerüstet zu sein? Das sind Fragen der Taktik, die man verschieden beantworten kann. Feststeht aber, daß die verantwortungsbewußten leitenden Stellen großer Organisationen in so schwierigen und ernsten Zeiten nicht stillschweigend bleiben können. Ihr Stillschweigen wird zu leicht als ängstliches Zögern ausgelegt und wirkt mitunter verstimmend oder gar demoralisierend auf die Masse der Mitglieder ein. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist es gewiß begrüßenswert, daß eine deutsche Organisation mit klaren Forderungen hervorgetreten ist, zumal französische und ukrainische Verbände ebenfalls schon bei der Saskatchewan-Regierung vorstellig geworden sind.

Um der Aktion den nötigen Nachdruck und die erwünschte Wirksamkeit zu verleihen, sollte die ganze deutschsprechende Bevölkerung der Provinz sich geschlossen hinter die Forderungen stellen, da sie ja nur das aussprechen, was von den weitesten Kreisen immer wieder gewünscht und vertreten wurde.

Die Muttersprache ist nach der Religion das edelste Gut, das wir besitzen. Sie zu erhalten und auf die Kinder zu übertragen, ist das natürliche Recht eines jeden Vaters und einer jeden Mutter. Die Pflege der Muttersprache ist, abgesehen von den wirtschaftlichen und allgemein kulturellen Vorteilen, auch im Interesse des engen Zusammenhalts von Kindern und Eltern wie auch vom Standpunkte der elterlichen Autorität aus stärkstens zu befürworten.

Was die Einwanderungsfrage angeht, die schon seit Jahren im Brennpunkte der canadischen Politik steht, ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir für die Zulassung von Menschen unseres Blutes und unserer Sprache in erster Linie eintreten, weil wir zugleich davon überzeugt sind, daß sie ebenso wie die verdienstvollen alten deutschen Pioniere für die weitere Entwicklung Canadas sehr wertvolle Dienste leisten können. Notwendig ist nur, daß diese deutschstämmigen Einwanderer in körperlicher und geistiger Hinsicht allen Anforderungen entsprechen. Gerne soll aber auch zugegeben werden, daß die Einwanderung im allgemeinen nach der wirtschaftlichen Lage Canadas von Zeit zu Zeit reguliert werden muß, um eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes und andere nachteilige Folgen zu verhüten.

Wenn wir diese wenigen Gesichtspunkte erwägen, kann es uns wohl kaum schwer fallen, mit Einmütigkeit und Geschlossenheit uns hinter die erhobenen Forderungen zu stellen und sie auch bei jeder Gelegenheit mannhaft zu vertreten.

Die Sprachenfrage in Saskatchewan

„The Morning Leader" in Regina befaßte sich in seiner Ausgabe vom 30. Januar in einem beachtenswerten Leitartikel mit der Sprachenfrage in Saskatchewan unter besonderem Hinweis auf die lächerliche Hetze gegen das angebliche Vordringen des Französischen und gegen das sogenannte Quebecer Komplott. Die englische Zeitung bemerkt dazu unter anderem:

„Die Französisch-Canadier sind eine kleine Minderheit in Saskatchewan. Wenn auch ein Französisch-Canadier gerne seine eigene Sprache hört und sieht — wie die Leute aller anderen Rassen — so kann man doch nur bei wildester Einbildung die Beschuldigung erheben, daß diese natürliche Hinneigung zur Sprache seiner Vorfahren ihn mit einem Komplott in Zusammenhang bringe, durch das man die französische Sprache der Bevölkerung und den Institutionen von Saskatchewan aufzwingen wolle. **Die Leute in anderen Ländern sind stolz darauf, wenn sie mehr als eine Sprache können.** Ein Engländer in England macht es zu einem Teil seiner Ausbildung, Französisch zu erlernen; einigermaßen gut gebildete Skandinavier sprechen häufig, Englisch, Französisch und Deutsch außer ihrer eigenen Sprache. Sie werden nicht rot im Gesicht, wenn sie einige Fremdsprachen auf einer Medizinflasche oder einem Paket von Frühstücksnahrung sehen. Bei einem derartigen Benehmen würden sie sich der Lächerlichkeit in Europa preisgeben."

Dann geht der „Morning Leader" auf die Verwendung des Französischen auf canadischen Postformularen ein und erbringt den Nachweis, daß es sich dabei um einen internationalen Brauch handelt, der sogar in Großbritannien selbst praktisch angewendet wird. Auch dort sind Postformulare zweisprachig. Ferner stellt die englische Zeitung die Frage, warum frühere konservative Regierungen in Ottawa nicht den Plan vereitelt haben, „ein französisches Joch auf den Nacken von Saskatchewan zu legen"; oder waren sie auch im Bunde mit Quebec? Waren Sir Robert Borden und Herr Meighen Verschwörer gegen die englische Sprache in Canada? Wird Herr Bennett versprechen, daß er, wenn er Premierminister werden sollte, alle französischen Formulare aus den canadischen Postämtern verbannt? Diese Frage, so meint der „Morning Leader" sollte man einmal dem Herrn Bennett vorlegen.

Weltumschau

Um die Annahme des Youngplanes. In deutschen Regierungskreisen wird zuversichtlich damit gerechnet, daß es gelingen wird, die Ratifizierung des Young-Plans im Reichstag in oder vielleicht noch vor der letzten Woche dieses Monats durchzusetzen. Die Aufgabe ist keine leichte, da außer der allgemeinen Ratifizierung die Durchdrückung noch einer ganzen Reihe zusätzlicher Gesetzesvorlagen notwendig ist, um gewissen Bestimmungen des neuen Planes gesetzliche Geltung zu verschaffen. So bedarf das Statut der Reichseisenbahn-Gesellschaft einer erheblichen Aenderung, um es in Einklang mit dem Young-Plan zu bringen, einmal, weil die seitherigen Bonds in der Höhe von 11 Milliarden Mark abgelöst werden, und sodann weil der neuen Pfandverschreibung Rechnung zu tragen ist, und endlich weil die Ausländer aus dem Direktorium ausscheiden.

Wesentliche Aenderungen werden weiter die Satzungen der Reichsbank erfahren, da aus dem Direktorium dieses Finanzinstituts die Ausländer ebenfalls verschwinden und da es der Reichsbank zur Pflicht gemacht werden soll, an der Organisierung der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich aktiv mitzuwirken. Die Versuche der Sozialdemokraten indes, die Reichsbank ihres autonomen Charakters zu entkleiden und unter die Botmäßigkeit der Regierung zu stellen, dürften mißglücken, da bereits eine starke Gegenströmung gegen dieses Unterfangen eingesetzt hat.

Mit einem wahren Bienenfleiß wird in den einzelnen Regierungsabteilungen an dem Entwurf dieser Gesetzesvorlagen gearbeitet, hofft doch die Regierung, sie bereits zu Anfang der nächsten Woche dem Reichsrat zur Beratung zusenden zu können. Die Vorlagen dürften dann an den Reichstag weiter geleitet und rasch durch die Komiteestadien der dritten Lesung entgegen geführt werden. Man erinnert sich der Tatsache, daß im Jahr 1924 die Durchbringung des Dawesplans nur 12 Tage in Anspruch nahm und hofft deshalb mit Sicherheit, die Verabschiedung der Gesetzesvorlagen zur Gutheißung des Young-Planes am oder noch vor dem 20. Februar durchsetzen zu können.

Ein Appell an Hindenburg. An den deutschen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg wurde ein Appell gerichtet, das Protokoll der zweiten Haager Wirtschafts- und Reparations-Konferenz, durch welches der Youngplan in Kraft gesetzt wird, nicht zu unterzeichnen. In einem offenen Briefe an den Präsidenten, welcher von General Konrad Krafft von Delmensingen, dem Generalstabschef, der Kriegsarmee des Kronprinzen von Bayern, unterzeichnet ist, protestiert dieser gegen die Verträge vom Haag, welche eine Versklavung Deutschlands bedeuten. In diesem Briefe sagt der frühere Generalstabschef: „Sie sind von 14,000,000 patriotischen Deutschen erwählt worden, und zwar in der Hoffnung, daß Sie das Vaterland beschützen sollten. Jetzt ist die Zeit gekommen, da Sie diesen Hoffnungen, die auf Sie gesetzt worden sind, gerecht werden können. Ihre Wähler sehen es als unmöglich an, daß Sie Ihren Namen unter einen Vertrag setzen werden, der eine Versklavung Deutschlands bedeutet. Wenn der Präsident Deutschlands nicht in der Lage ist, „Nein" zu sagen, dann sollte er lieber von seinem Posten zurücktreten. Dieses Uebel würde nicht so groß sein als die Zustimmung zu einem solchen Vertrage. Jeder patriotische Deutsche ist voller Vertrauen, daß der Präsident den richtigen Weg finden wird."

Amerikaner gegen Young-Plan. Der Youngplan, welcher nunmehr durch den Reichstag ratifiziert werden soll, hat eine besondere politische Beleuchtung erhalten. Ein amerikanischer Professor, John Firman Coar, hat nämlich in München eine Rede gehalten, in welcher er die deutsche Regierung und den deutschen Reichstag aufforderte, sich zu weigern, den Youngplan zu ratifizieren. Die Rede ist besonders interessant für die Regierungskreise, weil Coar angeblich zu bayerischen Regierungsmännern erklärt haben soll, daß seine Ansicht die Ansicht vieler bedeutender Amerikaner sei.

Diese Rede des amerikanischen Professors Coar wurde im Reichsrate, in welchem alle Länder vertreten sind, einer Diskussion unterzogen. Der Vertreter Bayerns erklärte, daß Professor Coar von Owen D. Young ein Telegramm betreffend die sogenannte „Verfälschung" erhalten habe, welche während der Reparationskonferenz an dem Youngplan vorgenommen worden sei. Augenscheinlich sucht die bayerische Regierung die Reichsregierung davon zu überzeugen, daß Coars Ansichten als die Ansichten Youngs und des Präsidenten Hoover angesehen werden können.

Der amerikanische Professor J. J. Coar erklärte zum Schluß seiner Rede: „Wenn der deutsche Reichstag den Mut besitzt, den geänderten Youngplan zurückzuweisen und seine Bereitwilligkeit erklärt, den Original-Youngplan anzunehmen, dann wird Deutschland nichts weiter zu fürchten haben; denn die gesamte neutrale Welt steht hinter Deutschland."

Radaulustige Kommunisten. Kommunisten trieben wieder an mehreren Punkten in der Gegend von Berlin ihr Unwesen. Dicht bei Köpenick bombardierten etwa 100 von ihnen alle passierenden Automobile mit Steinen, wobei sie in Rufe „Nieder mit der Bourgeoisie" ausbrachen. Mehrere Motoristen wurden mehr oder weniger schwer verletzt, ehe die Polizei herankam und die Ruhestörer vertrieb, von denen neun verhaftet wurden. Zwei der Verhafteten sind Frauen.

Verschiedene hundert anderer Kommunisten belagerten in einer kleinen Ortschaft bei Potsdam ein Restaurant, in dem eine Zahl extremer Nationalisten eine Versammlung abhielt. Bei einem Sturm auf das Restaurant wurden sie jedoch mit Verlusten abgeschlagen und schließlich in die Flucht getrieben, als die Polizei erschien. Auch in diesem Fall wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

In Nauen kam es weiter zu einem Zusammenstoße zwischen Kommunisten und Stahlhelm-Leuten wobei mehrere der letzteren verletzt wurden. Die Polizei mußte auch hier eingreifen.

Ein ernster Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizeibeamten ereignete in Hamburg. Nachdem die Polizeibeamten vergeblich versucht hatten, die Kommunisten zu zerstreuen, nahmen diese eine gefährliche Haltung gegenüber der Polizei ein. Auch der Versuch, mit dem Gummiknüppel etwas zu erreichen, schlug fehl. Die Menge warf mit Steinen auf die Polizeibeamten. Daraufhin wurde der Befehl zum Schießen gegeben. Zwei von den Kommunisten wurden verwundet, eine ganze Anzahl verhaftet. Zu ähnlichen Zusammenstößen kam es auch in Kiel. Dort hatten Arbeitslose einen „Hungermarsch" veranstaltet. Man wollte nach Hamburg ziehen und sich mit den dortigen Kommunisten vereinigen. Der Polizei gelang es, die Kommunisten zu zerstreuen, ohne daß jemand verletzt wurde.

Bessere Finanzlage des Deutschen Reiches. Zum erstenmale seit seinem Amtsantritt gab Finanzminister Moldenhauer eine eingehende öffentliche Erklärung über die Finanzlage des Deutschen Reiches ab. Während er in der Erklärung dem Reichstags-Budgetkomitee mitteilte, daß die Lage Deutschlands noch immer ernst sei, fand Moldenhauer die allgemeine Tendenz des finanziellen Lebens ermutigender, als er nach der Annahme des Young-Planes bei der zweiten Haager Reparationskonferenz angenommen hatte. Die Annahme des Planes bedeutet für Deutschland, daß bestimmte Geldsummen, die bisher von dem Reparations-Generalagenten als Treuhänder verwaltet wurden, wieder in die Kassen des Reiches zurückfließen.

Während der ersten drei Monate des Jahres 1930 wird das Reich ein Defizit von 273,000,000 Mark haben, aber dies wird durch einen geschätzten Ueberschuß von 305,000,000 Mark während des zweiten Quartals mehr als ausgeglichen.

Der Finanzminister betonte indessen, daß zur Erreichung dieses Resultates die Bewilligung der schwedischen Streichholz-Anleihe durch den Reichstag und die Annahme des Young-Planes notwendig seien.

Der Reichstag verabschiedete in dritter Lesung die Gesetzesvorlage, welche die Einführung eines Streichholzmonopols in Deutschland vorsieht. Mit der Errichtung dieses Streichholzmonopols ist eine langfristige Anleihe von 500 Millionen Mark verbunden, die der schwedische Kreuger-Konzern dem Reich gewährt. Der Emissionskurs ist 93, der Zinsfuß 6 Prozent. Innerhalb sieben Monaten fließen der Reichskasse kraft dieser Anleihe 200 Millionen Mark zu, der Rest ist 16 Monate später fällig. Zugleich verpflichtet sich der schwedische Streichholz-Konzern, während der nächsten 3½ Jahre keine neue Anleihe auf den Markt zu bringen.

Deutsches Flottenkommando in Kiel. Das Deutsche Reich hat das Oberkommando der Flotte von der Nordsee nach der Ostsee verlegt. Die ausländischen Diplomaten sind geneigt, die Aenderung als eine freundschaftliche Geste Deutschlands gegen die Seemächte besonders England gegenüber, zu betrachten.

Die Umlegung des Kommandos von Wilhelmshaven nach Kiel wird am 25. Februar stattfinden. Das Reichswehrministerium erklärt, daß die Aenderung aus technischen Gründen geschieht. Es wird dabei betont, daß Kiel für die Zwecke der Reichsmarine bessere Dockgelegenheiten besitzt.

In politischen Kreisen ist man jedoch der Ansicht, daß die Verlegung des Stützpunktes der deutschen Flotte mit der Londoner Flottenkonferenz zusammenhängt und darauf berechnet ist, einen gewissen Eindruck auf England und die anderen Flottenmächte zu machen.

Während die deutschen Zeitungen im allgemeinen noch keine Stellung zu der Aenderung genommen haben, glaubt die Nachrichtenagentur „Zeit-Notizen" zu wissen, daß Deutschland die Beherrschung der Nordsee freiwillig aufgibt und sich in Zukunft auf die Ostsee konzentrieren wird.

Der Reichswehrminister gibt im Zusammenhang mit der Verfügung bekannt, daß die deutsche Flotte in Zukunft die bislang gelegentlich abgehaltenen Nordseemanöver in der Nordsee ganz aufgeben wird und in Zukunft alle Uebungen in der Ostsee abhalten wird.

Kaisers Geburtstag in Doorn. Wilhelm II., der einstige deutsche Kaiser, feierte in Doorn, Holland, seinen 71. Geburtstag. Unter den vielen Botschaften, welche ihm anläßlich dieses Tages zugingen, befand sich eine, welche sein besonderes Interesse weckte und sehr willkommen geheißen wurde. Mitten während der Vorbereitungen für die Geburtstagsfeier, die nur im engsten Familienkreise abgehalten werden soll, traf eine neue Nachricht von der George Washington Universität ein, in welcher es hieß, daß die Behauptung, der frühere Kaiser sei für den Krieg verantwortlich zu machen, nicht der Wahrheit entspreche. Diese Nachricht wurde von dem Kaiser und allen, die ihn umgeben, dankbar aufgenommen.

Wilhelm II. weigerte sich, irgendein Kommentar zu dieser Nachricht zu geben. Sein Vertrauter der Baron von Sell, sagte in Erwiderung zu einer Botschaft: „Wir können Sie nur auf die Erklärung hinweisen, welche Seine Majestät anläßlich der Feier des 70. Geburtstages gegeben hat, und auf die Untersuchungen über die Kriegsschuldfrage."

Mit seiner zweiten Frau, der früheren Prinzessin Hermine, deren Kindern und einigen nahestehenden Verwandten — etwa 20 insgesamt — nahm der Kaiser ein sehr einfaches Frühstück. Nur der Toast „Hoch der Kaiser" erinnerte ihn während dieses Essens an die Feier des Vorjahres in Doorn. Im übrigen fand noch eine kirchliche Feier in der Schloßkapelle statt. Beide, der Kaiser und seine zweite Frau befinden sich in ausgezeichneter Gesundheit. Wilhelm II. scheint sehr gealtert zu sein, aber durch seine tägliches Leibesübungen erhält er sich bei guter Gesundheit. Der Exkaiser weiß ganz genau, daß er ohne Weiteres wieder nach Deutschland zurückkehren könnte, wenn er diesen Wunsch hegen sollte.

Böß zurückgetreten. Der Berliner Oberbürgermeister Gustav Böß ist von seinem Amt zurückgetreten. Nach seiner Rückkehr aus Amerika beantragte er gegen sich selbst die Einleitung eines Disziplinarverfahrens, durch das er den Beweis zu erbringen hoffte, daß er persönlich mit großen öffentlichen Betrügereien nichts zu tun gehabt. Sein Gesuch wurde vom Oberpräsidenten von Brandenburg bewilligt. Die Untersuchung ist noch nicht zu Ende geführt.

Böß richtete ein Schreiben an den Magistrat, in dem er seinen Rücktritt vom Amt bekannt gibt. Zugleich erklärt er sich davon überzeugt zu sein, daß die immer noch im Gange befindliche Disziplinaruntersuchung seine vollständige Unschuld dartun werde. Im Interesse der Stadt halte er es indes für angezeigt, zurückzutreten, um die Neubesetzung des Postens zu ermöglichen. Das Oberbürgermeisteramt wird nunmehr nach althergebrachtem Usus im Amtsblatt ausgeschrieben werden. Böß selbst tritt in Pension.

Was England sparen kann. Albert Alexander, der erste Lord der Admiralität, gab eine Statistik heraus, aus welcher ersehen werden kann, wieviel Geld die Engländer sparen, wenn das Schiffsbauprogramm nach dem Washingtoner Vertrag bis 1937 verschoben wird. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf $260,000,000. Für die einzelnen Jahre gab Alexander folgende Ersparnisse an: 1931 $5,160,000; 1932 $33,325,000; 1933 $50,150,000; 1934 $59,365,000; 1935 $60,175,000 und 1936 würde man $51,850,000 sparen. Alexander erklärte, daß diese Zahlen auf der Annahme basierten, daß das Maximum der durch den Washingtoner Vertrag erlaubten Schiffe, nämlich 35,000 Tonnen Großkampfschiffe hergestellt werden würde. Bekanntlich ist der Bau von zwei Kreuzern kürzlich durch die Admiralität abgesagt worden. Der Auftrag wurde gekündigt. Darüber befragt, erklärte Alexander, es handle sich nicht darum, die Zahl der Arbeiter in den Werften zu vermindern, sondern lediglich darum, den Bau von Schiffen einzustellen. Die dadurch arbeitslos gewordenen Arbeiter werden an anderen Plätzen untergebracht werden.

Indische Massendemonstrationen. Dreihundert kommunistische Fabrikarbeiter stürmten in Bombay, Indien, das Hauptquartier des Nationalistischen Kongresses, wo eine gewaltige Menschenmenge eine Feier des Unabhängigkeitstages am 26. Januar abhielt. Die Kommunisten versuchten die von den Nationalisten aufgezogene indische Nationalflagge herunterzureißen und eine rote Fahne an ihrer Stelle aufzuziehen. Dabei kam es zu erheblicher Unruhe in der Versammlung. Die Kommunisten griffen Mahatman Ghandi wegen seines „lauwarmen Kongreßprogrammes" an, doch wurden sie schließlich aus der Halle herausgeworfen. Eine Anzahl von Frauen, die in der Nähe der Rednertribüne saßen, unter ihnen die Gattin von Dschawaharlal Nehru, dem Präsidenten des Allindischen Kongresses, wurden von Anhängern der Nationalisten aus ihrer schwierigen Position gerettet. Dieser Zusammenstoß war die einzige ernste Kollision, die in Verbindung mit der Unabhängigkeitsfeier gemeldet worden war. Die britischen Behörden hatten den Tag mit einiger Besorgnis erwartet und überall die Polizei verstärkt, um etwaige Unruhen im Keime zu ersticken.

Gewaltige Demonstrationen wurden in Bombay, New Delhi, in Kalkutta, Lahore und Ahmadabad abgehalten, aber die Polizei hatte wenig Schwierigkeiten bei einer Beschränkung der Demonstration auf Aufziehen der indischen Nationalflagge und Rufe wie „Nieder mit dem Union Jack!"

Arbeitslosenelend in Oesterreich

Ende Dezember gab es in ganz Oesterreich 226,567 unterstützte Arbeitslose, rund 33,400 Personen mehr als am 15. Dezember, fast 70,000 mehr als am 1. Dezember. Dazu kommen noch etwa 33,200 Personen ohne Arbeitslosenunterstützung und 47,000 Altersfürsorgerentner, so daß mehr als 300,000 Menschen entweder zum Hungern verurteilt oder auf die schmale Arbeitslosenunterstützung und die kümmerliche Altersrente angewiesen sind.

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit stellte an den Fürsorgehaushalt der Gemeinde Wien erhöhte Anforderungen. Arbeitslose Mütter, die entbunden haben, bekommen ein volles Jahr unentgeltlich Milch. Kinder arbeitsloser Eltern werden in der Schulspeisung unentgeltlich beköstigt. Jedes Jahr stiftet die Gemeinde Wien 100,000 Schilling für arbeitslose Familien als Beihilfe zu Weihnachten. Arbeitslose bekommen von der Gemeinde unentgeltlich Brennstoffe. In den letzten sieben Monaten wurden Kinderhilfebeiträge von insgesamt 1,1 Million Schilling ausgegeben, davon 670,000 Schilling für Kinder arbeitsloser Eltern. In derselben Zeit gab die Gemeinde 1,15 Million Schilling an Pflegegeldern aus, davon 450,000 Schilling an Kinder Arbeitsloser, zusammen für solche Kinder 1,12 Million Schilling. Dabei sind die Summen für Dezember und Januar noch nicht berücksichtigt. Alte Leute, deren Söhne und Töchter arbeitslos sind, erhalten Unterhaltsbeiträge. Arbeitslose und Obdachlose finden eine Tageswärmstube, in die auch viele Arbeitslose gehen, die ihre Wohnung nicht heizen können. Alle Lieferungen und Bauten werden, um den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen sofort vergeben.

Das Deutschtum in Amerika

Von Paul H. Ortmann, Chicago.

In den Vereinigten Staaten betrug 1920 die Zahl der Einwohner, die in Deutschland geboren waren, etwas weniger als zwei Millionen, zehn Jahre vorher waren es noch zweieinhalb Millionen. Dieser Rückgang läßt sich dadurch erklären, daß während des Krieges überhaupt keine deutschen Einwanderer nach Amerika kamen.

Welches Resultat wird die nächste Volkszählung ergeben, die im Jahre 1930 stattfinden wird? Bestimmte Zahlenangaben lassen sich darüber natürlich nicht machen. Indessen steht schon jetzt fest, daß die Zahl der Deutschen dann beträchtlich geringer sein wird als im Jahre 1920. Der Grund dafür liegt einfach darin, daß der durch den Tod verursachte Abgang durch die Einwanderung nicht ersetzt werden kann.

Vor dem Kriege wurde die Einwanderung numerisch nicht beschränkt. In dem ersten Einwanderungsgesetz, das nach dem Kriege erlassen wurde, erhielten die Deutschen eine Jahresquote von rund 52,000 zugebilligt. In dem neuen Gesetz, das am 1. Juli letzten Jahres in Kraft trat, ist diese Quote auf die Hälfte herabgesetzt worden. Es ist eine Agitation im Gange, welche die Aufhebung dieser Quoten und die Wiederherstellung der früheren Quoten zum Ziele hat. Aber die Aussichten auf Erfolg sind sehr schwach. Man ist sich in Deutschland vielfach nicht klar darüber, welche Motive der gewaltigen Herabsetzung der deutschen Einwanderungsquote zu Grunde liegen. Man betrachtet das Gesetz als Auswirkung des Deutschenhasses. Diese Auffassung ist falsch. In dem bisherigen Einwanderungsgesetz machte sich das Bestreben bemerkbar, die Einwanderung aus dem Norden und Westen Europas auf Kosten der Einwanderung aus dem Süden und Osten zu begünstigen. Diese Tendenz besteht auch heute noch. Die neuen Quoten für die romanischen und slawischen Länder sind allerdings bedeutend höher als die bisherigen, aber trotzdem immer noch sehr niedrig; sie betragen zum Beispiel für Italien 6091 und für Rußland 4781.

Es besteht nämlich die Tendenz, die Einwanderung überhaupt zu vermindern, und diesem Zwecke dient vor allem das neue Quotengesetz. Durch dieses Gesetz wird die Zahl der zulässigen Einwanderer allerdings nur von rund 160,000 auf rund 150,000 herab gesetzt. Aber dabei ist zu berücksichtigen, daß England und Nord-Irland deren Quote bisher nicht ausgenutzt haben und dies aller Voraussicht nach in Zukunft erst recht nicht tun werden. Demnach ist von dem neuen Gesetz wohl ein beträchtlicher Rückgang der Einwandererzahl zu erwarten.

Diese Tendenz besteht schon lange, obwohl sie sich erst in den letzten Jahren gesetzgeberisch ausgewirkt hat. Der Amerikaner ist allgemach zu der Ansicht gelangt, daß er genug Leute im Lande hat. Deshalb will er die Pforten immer fester verschließen und die Einwanderung fortgesetzt mehr einschränken. Möglicherweise entschließt er sich wieder einmal zu einer Aenderung dieser Politik, aber wahrscheinlich ist das nicht.

Trotz alledem ist noch keine Gefahr vorhanden, daß in den nächsten Jahrzehnten das Deutschtum von der Bildfläche verschwinden wird. Die deutsche Einwanderung ergießt sich vornehmlich in die großen Industriestädte wie New York, Chicago, Detroit und Cleveland. Hier wird sich das Deutschtum noch viele Jahre halten. Den Angehörigen der anderen Nationen ergeht es ähnlich. Manche von ihnen, vor allem die Polen und Italiener, zeigen jedoch eine viel stärkere Widerstandskraft gegen die Amerikanisierungsbestrebungen als die Deutschen.

1100 Mark für ein Schlüsselbund

Ein reicher Amerikaner, der kürzlich von London über Marseille nach dem Fernen Osten reisen wollte, vergaß im Londoner Hotel sein Schlüsselbund mit den Kofferschlüsseln. Glücklicherweise hatte er seinen Kammerdiener noch zurück gelassen, der die Schlüssel fand, und, da er sich sagte, daß sein Herr ohne sie einfach „aufgeschmissen" sei, alsbald den Entschluß faßte, sie ihm wieder zuzustellen. Er telefonierte an den Flugplatz Croydon (England), bestellte dort ein Sonderflugzeug und fuhr in demselben seinem vergeßlichen Herrn nach. Als dieser in Paris am Nordbahnhof den Zug verließ, stand auf dem Bahnsteig bereits der tüchtige Kammerdiener mit dem Schlüsselbund in der Hand. Erfreut nahm der Amerikaner das Schlüsselbund an sich, weniger erfreut schrieb er dann einen Scheck, um die Auslagen seines Kammerdieners zu decken. Seine Vergeßlichkeit hatte ihn die Kleinigkeit von 1100 Mark (8275) gekostet.